

Der „Briefetal-Bote“ erscheint Dienstag, Donnerstag, Sonnabend und Sonntag. Der Bezugspreis beträgt mit 10 Pf. jährlich 1,20 Mk. Die heutige Nummer kostet 10 Pfennig.

# Briefetal-Bote

Anzeigen werden in der Geschäftsstelle des Herausgebers, Briefetal-Str. 5 und von allen Tages-Exemplaren angenommen. Die unregelmäßigen Postgebühren betragen 25 Pfennig, die Postgebühren 1 Mark.

## Amtsbezirks-Anzeiger und Zeitung

für Birtenwerder, Hohen Neuendorf, Borgsdorf, Briese, Lehnitz, Stolpe



für ehem. Hoffjagdrevier, Bergfelde, Frohnau, Schönfließ und Umgegend

Fernsprecher: Amt Birtenwerder Nr. 5

Telegr.: Briefetalbote, Birtenwerder

Alleiniges amtliches Publikationsorgan für die Amtsbezirke Birtenwerder und Schönfließ

Nr. 145. Postcheckkonto: Berlin 62 448. Dienstag, den 15. September 1925. Postcheckkonto: Berlin 62 448. 24. Jahrg.

### Der Amtsvorsteher Birtenwerder.

Ich habe die Beobachtung gemacht, daß einzelne Grundstücksbesitzer ihre Pflicht, die Reinigung der Bürgersteige und Gassen des Fahrdammes wöchentlich vorzunehmen, nicht erfüllen. Die Hausbesitzer haben Anweisung, die Säumnigen zur Anzeige zu bringen.

Birtenwerder, den 14. September 1925.  
Der Amtsvorsteher. J. B.: Bieper.

### Der Gemeindevorsteher Birtenwerder.

Die Urliste der in der hiesigen Gemeinde wohnhaften Personen, welche zum Schöffennamt berufen werden können, liegt in der Zeit vom 14. bis 19. September im Rathaus, Zimmer 26 zu jedermanns Einsicht öffentlich aus.

Birtenwerder, den 14. September 1925.  
Der komm. Gemeindevorsteher. Blank.

### Hohen Neuendorf

Am 15. September 1925 find die Hauszinssteuern sowie die fälligen und die Gemeinde-Grundsteuern für den Monat September fällig.

#### Feuerwehrbeiträge.

Der Feuerwehrbeitrag für das Rechnungsjahr 1925 ist von der Gemeindevorstellung auf 8 RM festgesetzt. Verheiratete zahlen die Hälfte dieses Betrages. Beitragspflichtig sind sämtliche männlichen Personen vom vollendeten 18. bis 60. Lebensjahre. Ich ersuche die Pflichtigen, die Beiträge bis spätestens 5. u. 10. bei der hiesigen Gemeindekasse Berliner Straße 39 während der Kassensunden von 8-12 Uhr vormittags einzuzahlen. Eine besondere Zahlungsaufforderung ergeht nicht.

Der Entwurf des Haushaltsvoranschlags für 1925 liegt vom 14. d. Mts., zwei Wochen lang im Gemeindebüro Zimmer 6 zur Einsicht der Gemeindeangehörigen aus.

### Was gibt es Neues?

- Reichsaussenminister Dr. Gustaf Stresemann ist in Berlin eingetroffen und hat seine Dienstgeschäfte wieder übernommen.
- Der Reichsfiskus will noch zur Erholung an der Nordsee. Eine Kabinetsitzung in der Sicherheitsfrage ist noch nicht anberaunt.
- Die Eisenbahngewerkschaften haben den gefällten Schiedsspruch offiziell abgelehnt.
- Vom Reichsjustizministerium ist ein Gesetzentwurf über die Aufhebung der Geschäftsaufsicht ausgearbeitet worden.
- Der Reichsbürgermeister Breitensträter gewann wieder gegen Samion-Röhner die Schwergewichtsmehrschicht.

### Die Maßnahmen gegen den Wucher.

Die Preisbindungen der Warenartikel. Wie verlautet, haben in den letzten Tagen Verhandlungen im Reichswirtschaftsministerium wegen der vielfach festgestellten Preisbindungen bei Warenartikeln stattgefunden, die besonders die für die Lebenshaltung erforderlichen Gegenstände betreffen. Die Reichsregierung geht dabei von dem Standpunkt aus, daß auch bei diesen Artikeln ein unbeschränkter Wettbewerb einlegen muß und daß Bindungen, die vom Erzeuger oder Großhändler den folgenden Handels- oder Produktionsstufen auferlegt werden, den freien Wettbewerb erheblich beschränken. Die Verhandlungen werden voraussichtlich noch in dieser Woche zum Abschluß kommen.

#### Die Preisunterschiede der Margarine.

Nach den amtlichen Erhebungen bestehen zurzeit durch die Vereinbarungen der Kartelle besonders für Margarine sehr erhebliche Preisunterschiede, so zeigt ein Vergleich zwischen Berlin, München und München, daß die Preise für Margarine in Westdeutschland um 5 Pfg., in München um 30 Pfg. höher liegen als in Norddeutschland. Durch Aufhebung der vorliegenden Bindungen wäre ein Wettbewerb der einzelnen Fabriken in den verschiedenen Teilen des Reiches nach Ansicht der Behörden geeignet, hier den unbedingt erforderlichen Ausgleich herzustellen.

#### Der Garnwucher.

Auch gegen die Garnwucherungen beabsichtigt die Regierung vorzugehen. Eine Wolle Garn, die früher von den Fabriken mit 18 Pfg. verkauft wurde, kostet heute im Durchschnitt 1,05 Mark! Das Reichswirtschaftsministerium wird die Kalkulation dieses Zweiges der Textilindustrie besonders nachprüfen haben.

### Handelsvertragsverhandlungen.

Mit Polen, mit Irland, mit Kanada. Bedenks Wiederaufnahme der deutsch-polnischen Handelsvertragsverhandlungen in Berlin ist am Sonntag, den 12. September, die polnische Delegation von Warschau nach Berlin abgereist. Die Verhandlungen sollen in Berlin befristlich am 15. September beginnen.

Die deutsche Regierung hat der Regierung des Britischen Reiches den Entwurf eines Handelsvertrags ähnlich dem, wie er mit England abgeschlossen wurde, unterbreitet. Man erwartet die Antwort Irlands in Kürze.

Auch die kanadische Regierung beabsichtigt ihre Handelsbeziehungen zu Deutschland durch einen besonderen Handelsvertrag außerhalb des zwischen Deutschland und England abgeschlossenen Vertrages zu regeln.

### Preussisches Finanzerend.

221 Millionen Mark Fehlbetrag. Im Hauptanschuß des preussischen Landtags machte Finanzminister Dr. Höpfer-Schiff nähere Mitteilungen über die Finanzlage. Zunächst teilte er mit, daß er nach den Beschlüssen des Landtags mit dem Reich wegen Gewährung einer einmaligen Beihilfe von 100 Mark an die Beamten verhandelt, dort aber eine glatte Ablehnung erfahren habe. Freuchen könne natürlich unmöglich allein vorgeben. Preuchens Finanzlage sei noch trübseliger als die des Reichs. Nach den neuesten Berechnungen müßte er mit einem Fehlbetrag von 221 Millionen rechnen. Ueber den Stand der

#### Personalabbau-Verordnung

teilte der Minister mit, daß die Zahl der Beamten von 1923 bis 1925 von 157 000 auf 149 000, also um 5,6 Prozent, vermindert worden sei. Die Zahl der Angestellten von 25 000 auf 18 000, gleich 27 Prozent, die Zahl der Arbeiter von 16 000 auf 14 000, gleich 14,4 Prozent. Die Einsparnis werde auf 36 Millionen Mark jährlich geschätzt. Die kurzfristigen Kredite an die Landwirte müßten unbedingt zurückgezahlt werden, sie dürften sich nicht zu Zuhilfenahme des Staates auswirken. Die Kasse zur Abbauverordnung solle demnächst dem Landtag zugehen.

### Lohnfragen.

Ablehnung des Eisenbahner-Schiedsspruches. - Gehaltsbewegung der Reichsbeamten.

Eine Konferenz der Eisenbahner-Gewerkschaften aller Richtungen beschloß die offizielle Ablehnung des in der Lohnfrage der Reichseisenbahnarbeiter gefällten Schiedsspruches. Reichsarbeitsminister Bruns wurde in einem Schreiben davon in Kenntnis gesetzt.

#### Der Geschäftsaufsatz der Beamten-Epigen-Organisationen

richtete an den Reichsfinanzminister eine Eingabe, die Beamten-Epigenorganisationen zu Verhandlungen über die Besoldungsfrage der Reichs- und Staatsbeamten bald zu empfangen. In der Eingabe heißt es: „Nach Ausweis der amtlichen Veröffentlichungen haben die Steuererhebungen der ersten vier Monate des Rechnungsjahres 1925 den Voranschlag erheblich überschritten. Damit ist die Voraussetzung gegeben, den Beamten ohne Schädigung der Reichsfinanzen helfen zu können, so daß es noch unserer Auffassung unbedingt erforderlich ist, ummehr die hieran geknüpften Zusätze des Herrn Ministers zu erfüllen.“

Zum Schluß wird der Wunsch ausgesprochen, die Wiedereröffnung der vierjährlichen Gehaltszahlung am 1. Oktober d. J. schon eintreten zu lassen.

### Gewerkschaften und Regierung.

Preisabbau, Lohnbewegung und Gewerkschaften. In einer Besprechung mit dem Reichswirtschaftsministerium über die Durchführung des Preisabbaues wurde von der Arbeitsgemeinschaft der Sachgewerkschaften (AdA) bezweifelt,

daß der für den 1. Oktober angekündigte Preisabbau eintreten werde, da die zwangsähnliche Wirkung der Zoll- und Steuererlässe sich in eine Preissteigerung auswirken müsse. Das in Aussicht genommene gerichtliche Vorgehen gegen die künftige Preisunterbreitung durch Kartelle werde zwar eine gewisse ethische Wirkung ausüben, könne aber nichts daran ändern, daß jedes Kartell schon durch das Befolgen preisverweigernder Wirte, weil es bei der Preisfestsetzung Rücksicht auf die leistungsfähigen Betriebe nehmen müsse, ähnlich wie die Gewinnmaximierung

eines Schiffsgeschwaders nicht durch das schnellste, sondern durch das langsamste Schiff bestimmt werde.

Die Herabsetzung der Umsatzsteuer um ein halbes Prozent könne nicht die Kapitalnot mildern. Auch die fiskalische Verwaltung der Hauszinssteuer wirke in gleicher Richtung, da sie zum größten Teil nicht zum Hausbau, sondern für Verwaltungszwecke verwendet werde. Notwendig sei eine

#### Berbilligung des Kredits

durch Herabsetzung des Zinsfußes für öffentliche Gelder und angemessene Begrenzung der Bankzuschläge. Die mit 16 bis 18 Prozent belastete deutsche Wirtschaft sei gegenüber Amerika, wo der Kredit nur 3 bis 4 Prozent koste, nicht konkurrenzfähig. Für die Gewerkschaften könne erst dann von einer festen Währung die Rede sein, wenn der allgemeine Preisstand im Inlande feststehe. Seit Stabilisierung des Dollarkurses seien jedoch die Inlandpreise um rund 18 Prozent gestiegen. Bei einer so gewaltigen Verringerung der Kaufkraft könne die AdA die genuinische Erklärung auf Vorkundgebungen zu verzichten, nicht abgeben. Die Regierung möge durch Anspannung der Währungsgebiete an das Vorbild der amerikanischen Bundesbanken für einen festen Preisstand sorgen, dann würden sich Vertrauen, Unternehmenslust und Sparfreudigkeit einstellen und ganz von selbst zur Vermehrung des Warenangebots und zur Stärkung der Inlandskaufkraft führen. Dieser Erfolg werde den Zwangsmaßnahmen der Reichsregierung verjagt bleiben.

### Die Saar vor dem Völkerbund.

Die Beschwerden der Saarbevölkerung. Im Sekretariat des Völkerbundes wurde von den Arbeiterorganisationen des Saargebietes eine Denkschrift über die Wirtschaftslage und die Bedürfnisse des Saargebietes überreicht. Auch die in Westmeilen den Vertreter des Saargebietes hielten mit den Vertretern der wichtigsten Völkerbundstaaten eingehende Besprechungen über die Lage im Saargebiet ab.

#### Die Saarvertretung

wies ausführlich auf die schwierigen Verhältnisse hin, die durch die französische Wirtschaftspolitik entstanden sind. Besonders unzufrieden sind die Arbeitnehmervertreter mit der Sozialpolitik der Saarregierung. Die Bevölkerung leide unter großen sozialen Ungerechtigkeiten. Die eng wirtschaftliche und soziale Verbindung zwischen Deutschland und dem Saargebiet, so heißt es in dem Bericht, mache eine soziale Gleichstellung der saarländischen Arbeiterkraft mit der deutschen zu einem Gebot der Gerechtigkeit. Auf dem Gebiet der Sozialversicherung und des Arbeitsrechts sei die deutsche Gesetzgebung der des Saargebietes weit

## Ratschläge zum Eheglück

Wieviel Glück und Hoffnungen haben sich schon dadurch zer-schlagen weil Eheleute es von Anfang an nicht verstanden haben mit ihren Mitteln hauszuhalten, weil sie alles (statt allmählich alles) für den Haushalt angeschafft hatten;

### kurz

gesagt: Im Sparen liegt das größte Glück,

### und

diese Gelegenheit beim Möbelkauf bieten Ihnen die **Drha-Möbelhäuser**, Berlin N, Elsässer Straße 37, Nähe Nord-Südbahnhof Oranienburger Tor und Stadt-Bahnhof Friedrichstraße und Brunnenstraße 33, Nähe Invalidenstraße; denn dort können Sie sich schon,

### klein

angefangen und mit den geringsten Mitteln, die schönste und geschmackvollste Wohnungseinrichtung anschaffen.